

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie hoch der personelle Mehrbedarf im Bereich Jugendgerichtshilfe ist. Dieser ist in konkreten Stellenanteilen und Funktionsbezeichnungen auszuweisen.
2. Die Mitglieder des Stadtrates werden spätestens in der Sitzung des Stadtrates im August 2023 über die Ergebnisse informiert. Nicht besetzte, bereits vorhandene Stellenanteile im Stellenplan 2023, sind unter Angabe des Stichtages in die Darstellung mit einzubeziehen.